

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 82 (1975)

Heft: 1

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volkswirtschaft

stimmen. Während für die Prüfung mit kleiner Zündquelle am horizontalen Muster vorwiegend in den USA wahrscheinlich Zahlenmaterial vorliegt, welches eine Uebertragung der erhaltenen Werte zur Abschätzung beschränkter Risiken erlaubt, müsste solches für den Strahlungstest erst zusammengetragen werden.

Die in der BRD unter der DIN-Nr. 54 332 und in der Schweiz als SNV-Norm 198 897 (1974) bekanntgewordenen Prüfmethode (Kleimbrennertest) erscheinen im Lichte solcher Ueberlegungen weniger abwegig als es erscheinen mag, wenn Teppichproben in vertikaler Stellung, auf eine Asbestzementunterlage gedrückt, zur Entzündung gebracht werden und das Verhalten des einmal ausgebrochenen Brandes messtechnisch verfolgt wird. Die Möglichkeit, unter gleichen Bedingungen z. B. Schaumstoffrücken zu prüfen, liegt sehr nahe und lässt sich ohne zusätzlichen apparativen Aufwand leicht durchführen.

Es ist daher zu befürchten, dass, wenn die Koordination mit der ISO/TC 92/WG 4 zustande gekommen ist, sich die bisherige Arbeit um und mit den erwähnten, in weiten Fachkreisen als nur bedingt aussagefähig beurteilten Methoden als überholt erweisen müsste. Es ist in der Prüftechnik eine längst bekannte Tatsache, dass mit milden Prüfbedingungen keine Voraussagen über stärkere Beanspruchungen möglich sind, vielmehr jedoch mit strengen Prüfbeanspruchungen Voraussagen über Situationen mit milden Anforderungen. Es wäre zu wünschen, dass in den künftigen Beratungen der ISO/TC 38/SC 19/WG 5 dieser Grundsatz vermehrt beachtet würde. Diese Arbeitsgruppe wird am 20./21. Mai 1975 in Paris ihre Beratungen weiterführen.

Man kann mit Recht gespannt sein auf die angeforderte Statistik über Zusammenhänge zwischen Beschaffenheit von Teppichen und Brandausbrüchen, bzw. nachweisbar grösseren Schäden an Leben und Gut durch den Umstand, dass Teppiche zu brennbarem Material gehören. Es wäre ebenso verfehlt, die Risiken, welche diese relativ neue Art von Bodenbelägen, mit welchen die meisten neuen Häuser ausgestattet werden, zu unterschätzen, als ohne Kenntnis über das Verhalten im Ernstfalle rein schematisch alle textilen Bodenbeläge wegen ihrer mehr oder weniger grossen Brennbarkeit zu verbannen. Unseres Erachtens verdient die Frage des Brennverhaltens ein sehr sorgfältiges und die Verhältnismässigkeit aller Faktoren beachtendes Studium, eher als eine schematische Beurteilung nach Kriterien, wie sie seit Generationen für die eigentlichen Baustoffe gelten.

Dr. G. Stamm, EMPA St. Gallen, 9001 St. Gallen

Wachstumsstillstand?

Das reale wirtschaftliche Wachstum ist nun auch in der Schweiz von einem spürbaren Schrumpfungsprozess erfasst worden. Die Tendenzumkehr trat bereits im Jahre 1973 ein, für das eine weit geringere reale Zunahme des Bruttosozialproduktes ermittelt worden ist als in den fünf unmittelbar vorangegangenen Jahren, nämlich eine solche von 3,5 %, während sie 1972 noch 5,8 % betragen hatte. Die Wachstumskurve hat mit anderen Worten einen deutlichen Knick erhalten. Dieser Trend ist im Jahre 1974 noch verstärkt worden, denn nach dem Stand der vorläufigen Schätzungen dürfte das Wachstum des Bruttosozialproduktes real nur noch etwa ein Viertel desjenigen von 1973 und sogar nur noch ungefähr ein Siebtel der im Jahre 1972 erzielten realen Wachstumsrate erreichen. Auch für das kommende Jahr liegen erste Vorausschätzungen vor. Diese lassen einen Wachstumsstillstand erwarten.

Eine Parallele findet diese Tendenz in der Entwicklung des Produktivitätsfortschrittes. Auch hier prägen sich die Abschwächungssymptome in starkem Masse aus. Je Erwerbstätigen nahm das Bruttoinlandprodukt, das den Gesamtwert der im Inland erzielten Güter- und Dienstleistungsproduktion darstellt, im Jahre 1973 real um 3,4 % zu. Dieses Ergebnis ist mit dem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität identisch. Im Jahre 1972 hatte dieser noch 5,5 % erreicht. Für 1974 kann nach den neuesten Schätzungen mit einer Produktivitätszuwachsrate von etwa 1,1 % gerechnet werden. Sie wird also nur noch rund ein Drittel derjenigen von 1973 und ein Fünftel des 1972 realisierten Produktivitätsfortschrittes betragen. Für 1975 zeichnet sich eine weitere Schrumpfung der Produktivitätszunahme ab: Bei einer geschätzten Zunahme des realen Bruttoinlandproduktes um etwa 0,2 % und einer geschätzten Abnahme der Beschäftigtenzahl um 0,3 % dürfte die Produktivität um ungefähr 0,5 %, d. h. nur noch halb soviel wie im laufenden Jahr, zunehmen.

Ganz im Gegensatz zu dieser Entwicklung stehen die in letzter Zeit vielerorts gestellten Lohn- und Sozialbegehren. Deren Ausmass zeigt, dass von der grundlegend veränderten Situation der Wachstums- und Produktivitätsverhältnisse praktisch noch keine Notiz genommen worden ist. Ein grosser Teil der Forderungen geht an der Tatsache vorbei, dass viele Firmen heute Mühe haben, nur schon den Teuerungsausgleich zu finanzieren, geschweige denn gar Lohnerhöhungen wie in den letzten Jahren zuzugestehen. Müssen sie es trotzdem tun, so beschleunigt sich der Strukturwandel, weil dann rasch mehr Unternehmungen an den kritischen Punkt gelangen, bei dem es um Sein oder Nichtsein geht. Aber auch eine noch weitere Verschärfung der Teuerung ist unausweichlich, wenn Ansprüche befriedigt werden müssen, die den Produktivitätsfortschritt weit hinter sich lassen. Die Wirtschaft kann nicht mehr verteilen, als sie an realen Werten schafft. Wenn die Wertschöpfung langsamer wächst, wie es jetzt geschieht, so muss auch beim Fordern kürzer getreten werden. K. W.

Umschichtungen in der Beschäftigungsstruktur

Die Beschäftigungsstruktur zeigt wie in andern Ländern auch in der Schweiz einen ausgeprägten Entwicklungstrend in der Richtung der Dienstleistungswirtschaft (Handel, Banken, Versicherungen, Verkehr, Gesundheitswesen, Verwaltung usw.). Dieser Wirtschaftssektor hat seinen Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Laufe der Jahre deutlich erhöhen können. Ebenso kontinuierlich bildete sich die Quote des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft) zurück. Dagegen vermochte der sekundäre Wirtschaftsbereich (Industrie, Handwerk, Bau, Energie) seine Position zu behaupten, doch entwickelten sich die Beschäftigtenzahlen der einzelnen Untergruppen hier zum Teil ungleichmässig, indem zum Beispiel in der Bauwirtschaft noch eine Personalausweitung im Gange war, als in der Industrie der Arbeitskräftebestand sich bereits zurückzubilden begonnen hatte. Dies hat sich nun insofern geändert, als im laufenden Jahr auch die Zahl der im Bau tätigen Personen wegen des rückläufigen Arbeitsvolumens unter den Stand der letzten Jahre gesunken ist.

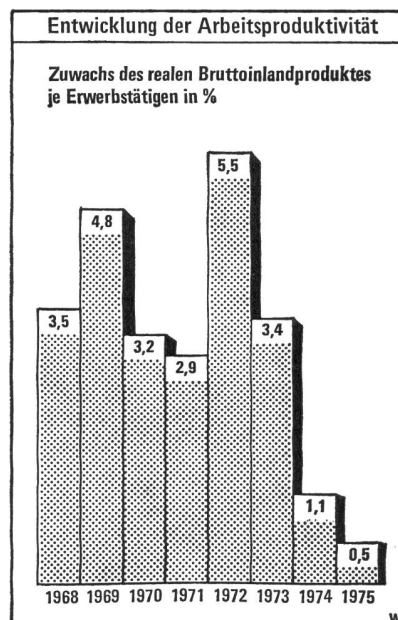
Seit einiger Zeit ist die Wirtschaftsentwicklung durch eine zunehmende Abschwächung der binnenwirtschaftlichen Aktivitäten und eine nach wie vor lebhaftere Auslandsnachfrage gekennzeichnet. Führt diese Differenzierung der Verhältnisse dazu, dass die in einzelnen inlandsorientierten Branchen freiwerdenden Arbeitskräfte sogleich von der Exportindustrie «aufgesogen» werden, und dass es deswegen zu längerfristigen Strukturverschiebungen zu Lasten des Binnenmarktes kommt, wie man es da und dort zu befürchten scheint? Vorweg ist festzuhalten, dass die Exportindustrie selbst in den Zeiten der Höchstkonjunktur keine Personalausweitung betrieben, sondern ihren Personalbestand dank Rationalisierungsmassnahmen sogar abgebaut und so einen beachtlichen Produktivitätsfortschritt erzielt hat, welcher der Gesamtwirtschaft zugute gekommen ist. Die vier Hauptexportindustrien (Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugindustrie, Chemische Industrie, Uhrenindustrie, Textil- und Bekleidungsindustrie) haben gesamthaft im Jahre 1973 gut 3 % weniger Arbeitskräfte beschäftigt als 1972 und über 8 % weniger als 1969. In den letzten vier Jahren nahm ihr Gesamtpersonal von 516 400 auf 474 200 ab. Gegenüber 1969 wies einzig die Chemische Industrie, eine typische Wachstumsindustrie, eine Personalzunahme auf; von 1972 auf 1973 ging die Beschäftigtenzahl jedoch in jedem der vier Industriezweige zurück.

Alles in allem betrachtet, zeigt sich, dass Produktions- und Exportwachstum nicht unbedingt und nicht notwendigerweise mit einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl gleichbedeutend sind. Unsere Exportindustrie hat ihre Produktion und ihre Ausfuhr im Gegenteil trotz Personalarückgang steigern können. Der harte internationale Wettbewerb zwingt sie zu laufender Rationalisierung und Leistungssteigerung, wobei sich im Zuge dieses Wachstums in die Tiefe, die Gewichte mehr vor der Personal- zur Kapitalintensität verlagern. Von einer «Sogwirkung auf die

Arbeitskräfte» kann im Falle der Exportindustrie somit nicht die Rede sein, ganz abgesehen davon, dass sich nun auch im Ausfuhrhandel Beruhigungstendenzen durchzusetzen beginnen, die in einem Absinken der realen Wachstumsrate und einer Abschwächung des Auftragseingangs zum Ausdruck gelangen.

K. W.

Schrumpfender Produktivitätszuwachs



Der Gesamtwert der Güter und Dienstleistungen, die eine Volkswirtschaft im Inland produziert, heisst in der Fachsprache Bruttoinlandprodukt. An der jährlichen Veränderung dieses Wertes lässt sich bis zu einem gewissen Grad die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität ablesen, wenn er an der jeweiligen Zahl der Erwerbstätigen und in konstantem Geldwert gemessen wird. Der so ermittelte Produktivitätsfortschritt, der nicht nur der Arbeitsleistung, sondern heute mehr noch den erhöhten Kapitalinvestitionen je Arbeitsplatz zuzuschreiben ist, hatte 1972 das weit überdurchschnittliche Ergebnis von 5,5 % erreicht. 1973 sank die Produktivitätszuwachsrate bereits auf 3,4 % ab, und für 1974 wird mit einer solchen von höchstens noch 1,1 % gerechnet. 1975 wird sich der Schrumpfungsprozess fortsetzen. Nach den verfügbaren Schätzwerten ist bestenfalls noch eine Zunahme des realen Bruttoinlandproduktes je Erwerbstätigen von etwa 0,5 % zu erwarten. Für die Anspruchsbefriedigung steht unserer Volkswirtschaft somit kein so grosser zusätzlicher Verteilungsspielraum mehr zur Verfügung wie in den letzten Jahren.

Betriebstransparenz für die Öffentlichkeit

Ein Arbeitgeber-Vademekum für Betriebsbesichtigungen

Noch rankt in der Öffentlichkeit viel Ungestimmtes, Ungewisses und leider auch Ungereimtes um die Betriebe der Industrie, des Gewerbes und der Dienstleistungsbranchen. Das beste Mittel, die Betriebe so zu sehen, wie sie sind, stellen Betriebsbesichtigungen dar, die in letzter Zeit stark an Bedeutung gewonnen haben. Das öffentliche Ansehen der einzelnen Unternehmungen und Betriebe kann durch derartige Besichtigungen gehoben oder gefestigt werden. Voraussetzung des Gelingens ist allerdings, dass die einzelnen Betriebsbesichtigungen wirkungsvoll und sinnentsprechend arrangiert werden.

Kürzlich ist eine vom Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen erarbeitete Zusammenfassung von knapp gehaltenen Hinweisen und Anregungen für Betriebsbesichtigungen veröffentlicht worden. Nach diesem Vademekum, das gleichsam eine Checklist für Unternehmer darstellt, werden Gesamtbesichtigungen und Teilbesichtigungen von Betrieben unterschieden, und diese wiederum können geführt oder ungeführt sein. Wichtig ist die Planung derartiger Betriebsbesichtigungen, weshalb den Vorbereitungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Die Betriebsführung selbst hat zeitlich und ablaufmässig genauestens zu erfolgen. Aus den Detailmassnahmen seien u. a. folgende erwähnt: Die Besucher von Betrieben sollten direkt vor Beginn kurz begrüsst und dabei über den bevorstehenden Rundgang orientiert werden. Die Rundgangführer sollten ihre Detailerkklärungen sehr kurz fassen und keine Fachvorträge halten. Dass solche Betriebsbesichtigungen auch ermüdend sind, weiss man aus Erfahrung; deshalb sind gelegentliche Besichtigungspausen, Kaffee- oder Essenspausen einzuschalten. Bei ungeführten Betriebsbesichtigungen (z. B. «Tage der offenen Tür»), die für eine sehr grosse Besucherzahl vorgesehen werden, ist die Aushändigung eines schriftlichen Führers, eines Situationsplanes nötig. Erforderlich sind nach dem genannten Vademekum auch Rundgangsanschriften, Erläuterungstafeln, Postierung von Auskunftspersonen oder eines Informationsstandes sowie die Aushändigung einer Besichtigungsdokumentation als Orientierungshilfe usw.

Grundsätzlich ist zu bedenken, dass sich die Besucher von Betrieben ein persönliches, unbeeinflusstes Bild der Betriebe machen und sich über Aufbau und die Bedeutung der Produktion der Betriebe orientieren wollen. Sie wollen keine Propaganda, keine «Potemkinschen Dörfer» in den Betrieben. Mit anderen Worten: Die Betriebsbesucher wollen betriebliche Wahrheit, Klarheit und Uebersicht, und sie sollen sie nach dem Zentralverband der schweizerischen Arbeitgeberschaft, der diese Hinweise und Winke für Betriebsbesichtigungen gibt, auch haben. «Die durch den Betrieb geführten Besucher sollen dabei Einblick nehmen in die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tätigkeit der Betriebe im Wettbewerb der Marktwirtschaft», heisst es im genannten Vademekum. Es soll Schluss ge-

macht werden mit der leider gelegentlich noch bestehenden Geheimniskrämerei; die Unternehmungen sollen nicht als «geheime Mächte» gelten, sondern sich der Öffentlichkeit durchsichtig und verständlich präsentieren. In den letzten Jahren konnten viele und erfolgreiche Massnahmen auf diesem Gebiet der Verständniswerbung für Betriebe und Unternehmungen verzeichnet werden; die Erfolge sind verheissungsvoll.

A.T.

Weniger Beschäftigte

Die Zahl der Beschäftigten in der schweizerischen Wirtschaft zeigt im Vergleich zum Vorjahresstand nach wie vor eine leicht rückläufige Tendenz. Der Index der Gesamtbeschäftigung wies im zweiten Quartal 1974 einen um 0,7% niedrigeren Stand aus als im gleichen Zeitpunkt des letzten Jahres. Dabei verläuft die Entwicklung nach Wirtschaftszweigen und innerhalb dieser nach Unterbranchen allerdings uneinheitlich. Einer Abnahme der Beschäftigtenzahl in der Industrie um 0,4% und einer solchen in der Bauwirtschaft um 5,7% steht eine weitere Personalausweitung in der Dienstleistungswirtschaft um 0,7% gegenüber. In der Industrie reicht die Spanne von einer Erhöhung um 4% in der Uhrenindustrie, bis zu einem Rückgang um 7% in der Tabakindustrie, und bei den Dienstleistungen schwanken die Veränderungen zwischen plus 5,2% im Gesundheitswesen und minus 3,8% in den Gastwirtschaften.

So stark die Personalzuwachsrate und Beschäftigungsabnahmen der Branchen differieren, so verschieden sind auch die Ursachen dieser Entwicklungen im einzelnen und der insgesamt rückläufigen Bewegung der Beschäftigtenzahl unserer Volkswirtschaft im allgemeinen. Vorweg bleibt festzuhalten, dass der Rückgang der beschäftigten Personen bei uns im Gegensatz zur Entwicklung im Ausland nicht von entsprechender Arbeitslosigkeit begleitet ist. Als absurd muss in diesem Zusammenhang die Behauptung bezeichnet werden, die Schweiz habe ihre «Arbeitslosigkeit exportiert», da die Ende April 1974 registrierte Zahl der erwerbstätigen Ausländer um 19 291 niedriger gewesen sei als vor einem Jahr. Tatsache ist, dass diese Reduktion nicht darum eingetreten ist, weil in unserer Wirtschaft entsprechend weniger Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden gewesen wären, sondern einzig darum, weil die Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte ihre Wirkung taten. Die Verminderung der Zahl der Erwerbstätigen geht zumindest teilweise darauf zurück, ebenso aber zum Teil auf die Konjunkturdämpfung (Bauwirtschaft!), die Erdölkrise (6,9% weniger Arbeitskräfte im Autoreparatur- und Tankstellengewerbe als vor einem Jahr), die demographische Entwicklung (weniger Eintritte junger und mehr Austritte alter Leute aus dem Erwerbs-

leben), die Umstrukturierungen der Wirtschaft und die Rationalisierung (mit entsprechenden Arbeitskräfteeinsparungen).

Auf dem Arbeitsmarkt herrscht nach wie vor eine stark angespannte Lage. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist immer noch gross, wenn auch in einzelnen Berufen die Verknappung nicht mehr so ausgeprägt ist wie ehemals. Die labilen konjunkturellen Verhältnisse und zum Teil wenig durchschaubare strukturelle Entwicklungen lassen es heute jedoch als ratsam erscheinen, im Bereich der Personalrekrutierung vorsichtiger zu disponieren und die Belegschaftsbestände nicht mehr um jeden Preis auszuweiten. In einzelnen, bisher eher expansiven Branchen besteht heute die Bereitschaft zu einem Personalstopp. Ein in grösserem Rahmen gehandhabter Verzicht auf Personalausweitungen könnte zur Dämpfung des «hausgemachten» Inflationsdruckes beitragen.

K.W.

Zunehmend differenzierte Beschäftigungslage

Aber kein Grund zu Krisenpanik

In der schweizerischen Wirtschaft hatte die Zahl der Beschäftigten in den letzten drei Jahren praktisch stagniert. Im Jahre 1974 dagegen bildete sie sich um rund ein halbes Prozent zurück. Nicht etwa darum, weil allgemein weniger Personal benötigt worden wäre, denn neben Wirtschaftszweigen, in denen die Beschäftigung nachliess, gab es und gibt es noch heute Branchen, die nach wie vor einen unbefriedigten Arbeitskräftebedarf haben, wie z. B. Teile des Dienstleistungssektors und einzelne Industriesparten. Weniger Beschäftigte als im Jahre 1973 zählen insbesondere das Baugewerbe, das Fremdenverkehrsgewerbe, die Autoreparaturbetriebe (einschliesslich Tankstellen) und einige Industriezweige, wobei allerdings zum Teil unterschiedliche Ursachen vorliegen.

Aussagekräftig ist die Tatsache, dass in diesem Jahr, wie früher schon immer bei verringertem Bedarf, weniger Saisonarbeitskräfte zum Einsatz gelangten: Im April wurde der Vorjahresstand um 26 787 und im August um 41 804 unterschritten. Darin äussert sich die Abschwächung der Bautätigkeit und des Fremdenverkehrs, doch rechtfertigt diese Entwicklung die Behauptung nicht, dass die Schweiz «ihre Arbeitslosen exportiert» habe. Die 41 804 Saisoniers, um die der Bestand im vergangenen Sommer niedriger ausfiel als im August 1973, waren von Ausnahmen abgesehen nicht Arbeitskräfte, die wegen Mangels an Arbeit entlassen und heimgeschickt werden mussten. Vielmehr wurden so viele ausländische Saisonarbeiter weniger ins Land geholt, weil die betreffenden Wirtschaftszweige sie zur Bewältigung ihres Arbeitsvolumens nicht benötigten. Nächstes Jahr werden es, dem reduzierten Bedarf entsprechend, nochmals weniger sein. Die Rekordbau-

tätigkeit der letzten Jahre war ja nicht der Normalfall für schweizerische Verhältnisse, auf den man sich langfristig hätte ausrichten können. Darum wird heute denn auch von einer «Redimensionierung» gesprochen. Betroffen davon sind ebenfalls einzelne Industriezweige.

Der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte hatte von jeher bis zu einem gewissen Grad die Funktion eines Konjunkturpuffers auf unserem Arbeitsmarkt. Als z. B. 1948 ein leichter Konjunkturerinbruch erfolgte, ging die Zahl der Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen für Ausländer innert dreier Jahre um etwa 75 000 zurück, und auch die «Rezession» des Jahres 1958 liess die Zahl der kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte innert Jahresfrist um rund 14 000 absinken. Parallel zu diesen Erscheinungen stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz von 3000 im Monatsdurchschnitt des Jahres 1948 bis auf 9600 im Mittel des Jahres 1950 an, desgleichen von 2000 im Jahre 1957 auf 3400 im Jahre 1958. Von dem in jenen Jahren registrierten Grad der Beschäftigungseinbusse ist unsere Wirtschaft — trotz abgeschwächter Konjunktur und beschleunigtem Strukturwandel mit Betriebsschliessungen und Entlassungen — heute noch weit entfernt. Die Zahl der Ganzarbeitslosen in der Schweiz (Ende Oktober: 249) entspricht etwa einem Zehntelpromille des Gesamtbestandes der Erwerbstätigen: Auf 1 Million Beschäftigte zählt man 100 Stellenlose. Nach der Vollbeschäftigungstheorie ist der jetzige Zustand insgesamt immer noch als Ueberbeschäftigung zu qualifizieren.

Die für dieses Jahr prognostizierten Wachstumsperspektiven («Null-Wachstum») lassen eine weitere Entspannung des Arbeitsmarktes voraussehen, ohne dass jedoch die Beschäftigungsabnahme von vornherein mit einem merklichen Anstieg der Arbeitslosenzahl verbunden zu sein braucht. Auffangmöglichkeiten bestehen zunächst noch in der Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte, in der Herabsetzung der Zahl der Teilzeitbeschäftigten, in der Verminderung des Einsatzes verheirateter Frauen, im Verzicht auf die Weiterbeschäftigung von Pensionierten und im Abbau von Ueberstunden. Ganz schmerzlos geht die Wachstumsverlangsamung an unserem Wirtschaftskörper nicht vorüber. Die Schmerzen werden jedoch um so erträglicher sein, je niedriger die zusätzlichen lohn- und sozialpolitischen Lasten, die den Firmen auferlegt werden, heute gehalten werden können, denn sonst gelangen rasch mehr Unternehmungen in die kritische Zone, in der es um Sein oder Nichtsein geht. Die Mässigung der Ansprüche an die Wirtschaft liegt im Interesse der Beschäftigungssicherung.

K. W.